

**Postulat Fraktion BDP/CVP (Michael Daphinoff, CVP/Martin Schneider, BDP):
Fördermassnahmen für mehr Elektromobilität in Bern; Fristverlängerung
Punkt 3**

In der Stadtratssitzung vom 1. Februar 2018 wurde Punkt 3 des Postulats Fraktion BDP/CVP vom 7. Mai 2015 erheblich erklärt und in der Stadtratssitzung vom 6. Juni 2019 stimmte der Stadtrat einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis 30. Juni 2020 zu folgendem Postulat zu:

Antrag

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, dass:

1. Elektrofahrzeuge Busspuren benutzen dürfen
2. Elektrofahrzeuge kostenlos auf öffentlichen Parkplätzen stehen dürfen und
3. Mittelstandsbetriebe, die ihre Lieferfahrzeuge auf Elektrofahrzeuge umstellen, städtische Parkkarten/Parkausweise für Gewerbebetriebe befristet auf fünf Jahre kostenlos erhalten.

Begründung

Um die Neuanmeldung von Elektrofahrzeugen – die Zukunft der Mobilität – stärker voranzutreiben, ist es notwendig, Anreize dafür zu schaffen, wie es Norwegen äusserst erfolgreich vorzeigt. Mit einem Massnahmenbündel, das die im Antrag enthaltenen Forderungen beinhaltet, gelang es dem skandinavischen Land, das bisher als Autoland nicht in Erscheinung trat, dem restlichen Europa den Weg hin zu mehr Elektromobilität zu zeigen.

In Norwegen gibt es, prozentual gesehen, die meisten Elektroautos in Europa. Und auch bei den Neuanmeldungen dieser Fahrzeuggattung führt das Land die Statistik an: Im November 2013 wurden 1434 Elektroautos neu angemeldet – das entspricht 11,9% aller Neuzulassungen in diesem Monat. Während in Norwegen bereits 17'000 Elektroautos auf den Strassen unterwegs sind, waren es 2013 in der Schweiz gerade einmal 2683 Elektroautos und 34'834 Hybrid-Autos – von insgesamt 6'091'563 Fahrzeugen.

Während sich der Bund noch schwer tut mit Massnahmen zur Förderung der Elektromobilität, kann die Stadt Bern einmal mehr ihre herausragende Rolle als innovative Metropole unter Beweis stellen.

Bern, 07. Mai 2015

Erstunterzeichnende: Michael Daphinoff, Martin Schneider

Mitunterzeichnende: Philip Kohli, Lionel Gaudy, Claudio Fischer, Pascal Rub, Matthias Stürmer, Lukas Gutzwiller

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat steht der Förderung der Elektromobilität positiv gegenüber. Langfristiges Ziel des Gemeinderats ist es, die Mobilität in der Stadt Bern stadtverträglich und klimaneutral zu gestalten. Dabei soll der Anteil umweltfreundlicher Verkehrsformen am Gesamtverkehrsaufkommen gesteigert und eine weitere Verlagerung des motorisierten Verkehrs auf den öffentlichen Verkehr sowie den Fuss- und Veloverkehr erreicht werden.

In den vergangenen Monaten fanden Gespräche zwischen der Stadt Bern und Energie Wasser Bern statt. Dabei ging es um die Förderung der Elektromobilität. Da es noch einige Fragen zu klä-

ren gibt, bedarf es noch weiterer Gespräche. Diese sollen in den kommenden Monaten stattfinden. Neben dem vorliegenden Geschäft sind noch drei andere, bereits überwiesene parlamentarische Vorstösse, welche die Förderung der Elektromobilität zum Inhalt haben, hängig. Zu einem vierten Vorstoss liegt die Antwort des Gemeinderats vor.

- Postulat Fraktion SP (Benno Frauchiger): Elektromobilität für alle – Anwohnerparkplätze mit Stromanschluss
- Postulat Fraktion SP/JUSO (Benno Frauchiger, SP): Elektroautos statt Benzinkutschen – auch für MieterInnen von Abstellplätzen
- Interfraktionelle Motion GLP/JGLP, BDP/CVP, SP/JUSO, GFL/EVP (Matthias Egli, GLP/Michael Daphinoff, CVP/Benno Frauchiger, SP/Franziska Grossenbacher, GB/ Matthias Stürmer, EVP): Elektroautos als Teil der Mobilität in Bern anerkennen und geeignete Anreize schaffen
- Interfraktionelle Motion BDP/CVP, GLP/JGLP (Michael Daphinoff, CVP/Lionel Gaudy, BDP/Matthias Egli, GLP): Förderbeitrag für Ladestationen

Für die Erfüllung der überwiesenen Motion hat der Gemeinderat bis Juni 2021 Zeit. Da die drei Postulate mit den Motionen zusammenhängen, macht es Sinn, diese Geschäfte inhaltlich und terminlich aufeinander abzustimmen und dem Stadtrat gleichzeitig vorzulegen.

Der Gemeinderat beantragt daher für das vorliegende Postulat eine zweite Fristverlängerung bis 30. Juni 2021.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Fraktion BDP/CVP; Fristverlängerung zu Punkt 3.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis 30. Juni 2021 zu.

Bern, 24. Juni 2020

Der Gemeinderat